

„Argumentations-Fibel – humanökologisches Grundeinkommen“

Einwand 1:

„Wer nicht arbeiten will soll auch nicht essen! ...kein Geld für Faulenzer“

Gegenargumente:

- Möglichkeit von erwerbsmäßiger Arbeit ist nicht (mehr) für alle gegeben
- Arbeit muss neu definiert werden, nicht nur sv-pflichtige Beschäftigung oder Selbständigkeit
- GE stärkt Arbeitsmotivation
- „Faule“ kann man nicht zur Arbeit zwingen – schon jetzt nicht; das Letzte, was Arbeitgeber einstellen, sind Faulenzer – auch heute und früher schon!
- nur eine Minderheit wird dann gar nicht mehr arbeiten wollen, denn „Arbeit“ ist mehr als nur Geld verdienen. Der Mensch will von Natur aus etwas tun.
- Die allermeisten sagen von sich, dass sie weiterarbeiten würden, nur die Meinung über den anderen ist negativ. Sie glauben nicht, dass die anderen das auch tun würden.
- Schon jetzt „arbeiten“ mehr Menschen unbezahlt als offiziell über „Lohnarbeit“.
- Wer begnügt sich mit einem „Grundeinkommen“, das nur die Mindestbedürfnisse abdeckt?! Der Anreiz zur Arbeit geht durch das GE nicht verloren. Und nach „Armut in den ersten 6 Jahrzehnten folgt Altersarmut“.
- GE ist wahrscheinlich auch nur Mittel zum Zweck für eine gewisse Übergangsfrist, bis das sich ein völlig neues System des gemeinschaftlichen Zusammenlebens „eingependelt“ hat.
- GE ist leistungsloses Einkommen für jeden (Bürger) – ohne jeden Vorbehalt.
- Was ist überhaupt „Leistung“ und wird wirklich im jetzigen System nach „Leistung“ bezahlt? Wer definiert dies? Ist der Geschäftsführer / Manager eines Konzerns wirklich das 10.000-fache der Putzfrau im selben Unternehmen wert? Sind „Leistungen in verschiedensten Berufen und Branchen leistungsmäßig überhaupt gerecht vergleichbar? Warum müssen viele Tätigkeiten seit Jahrzehnten ehrenamtlich und nach „Gotteslohn“ finanziert werden (Hospiz), während professionelle Seelsorge ihren „Leistungslohn-Preis“ hat?

Einwand 2:

„Das ist doch überhaupt nicht zu finanzieren!“

Gegenargumente:

- Bisherige Grundsicherungsleistungen finanzieren große Teile des Grundeinkommens

- Der bisherige hohe Verwaltungsaufwand entfällt bzw. wird reduziert und die entfallenen Kosten finanzieren Teile des Grundeinkommens
- „Wo ein Wille ist ist auch ein Weg“ – „Wer nicht will findet Gründe – Wer will, findet Wege“
- Allerdings ist ein Wille zu wirklicher Veränderung notwendig
- Bisher werden immer „Löcher“ gestopft und „Feuerwehr“ ist teurer als „Brandschutz“
- Bürokratie würde weiter steigen, wenn noch mehr Geld in das bisherige „Grundsicherungssystem“ gesteckt wird
- Wo bleibt die Anerkennung von „Erziehungsarbeit“ und anderen bislang nicht finanzierten wichtigen gesellschaftsbezogenen Tätigkeiten

Einwand 3:

„Es fehlen ja jetzt schon jeder Menge Fachkräfte?“

Gegenargumente:

- Die „Geiz-ist-Geil-Mentalität“ und die nicht vorhandenen Zukunftsplanungen (keine oder zu geringe Nachwuchsgewinnung) von Arbeitgebern ist der Grund für vorhandenen Fachkräftemangel
- Es muss in Fachkräfte auch investiert werden (nicht nur finanziell, auch „ideell“)
- Unternehmen können und sollten auch selbst schulen, ggf. auch während der Beschäftigung → Eigenverantwortung der Betriebe einfordern und ggf. stärken
- Wir haben gerade in diesen Bereichen genügend Menschen mit intrinsischer Motivation, die nicht nur aus finanziellen Gründen sich qualifizieren und arbeiten wollen
- Generelle Infragestellung des „Problems Fachkräftemangel“. Ist oftmals medial vorgetragenes Argument – es gibt viele Fachkräfte, die arbeitslos sind
- Der Bedarf an „Lohnarbeit“ wird weiter stetig sinken (insbesondere durch technischen Fortschritt, Rationalisierung, notwendiger Wachstumsreduktion etc.)

Einwand 4:

„Dass gerade die ÖDP als „Verzichtspartei“ diese „Konsummaschine GE“ befürwortet ist für mich absolut unverständlich!“

Gegenargumente:

- Es geht beim GE nur um finanzielle Grundabsicherung

- „Verzicht“ heißt überbordenden Konsumverzicht, nicht Verzicht auf alles.
- „Aussteigen“ aus dem „Muss-Hamsterrad“ wird durch das GE zu einer mgl. Alternative
- Die ÖDP ist nicht nur „Verzichts-Partei“, sondern die Partei für ein „gutes Leben“ ; kein Verzicht auf „Würde“
- „GE“ der ÖDP ist dem Grunde nach nicht als Konsumankurbelung angelegt

Einwand 5:

„Unverständlich ist doch, dass auch gut verdienende Leute, Reiche, gar Millionäre das GE erhalten sollen!“

Gegenargumente:

- „bedingungslos“ heißt „bedingungslos“ und beinhaltet keine Prüfung; es geht um den Symbolwert des Grundeinkommens
- An welcher Stelle lohnt es sich denn, zu unterscheiden? Wo ist die Grenze der „Diskriminierung“ (= lateinisch: „Unterscheidung“).
- Kindergeld wird auch an jeden Kind – egal in welcher Familie gezahlt
- Der Grundfreibetrag gilt auch für Millionäre.
- Wenn wir Menschen „aussperren“ brauchen wir wieder teure Bürokratie und gut Verdienende rechnen sich frei
- Durch teure Verwaltung kommt das Geld nicht beim Bürger an
- „Millionäre“ können dann gerne spenden und finanzieren aufgrund von den Finanzierungsgrundlagen einen Großteil des GE mit
- Das ist typisch deutsches „Klein-Klein-Denken“

Einwand 6:

„Dann kommen Menschen aus der ganzen Welt zu uns und wollen auch ihr Grundeinkommen!“

Gegenargumente:

- Für diese Fälle können Sonderregelungen geschaffen werden (Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetz, „Staatsbürger-Status“)
- Es gibt für Flüchtlinge etc. andere, alternative soziale Leistungen, nicht GE
- Die EU-Freizügigkeit gilt bereits jetzt nicht 1:1 bezogen auf „Hartz-IV-Bezug“. Das haben deutsche und europäische Gerichte klargestellt. Von daher ist dieser Einwand in seiner Breite unbegründet

- Es sollte versucht werden, insgesamt eine europäische Lösung (möglichst zeitnah mit der nationalen Einführung) zu erreichen. GE tut auch den anderen europäischen und außereuropäischen Ländern gut. Am besten wirkt das GE global.
- Im Übrigen zieht jedes Wohlstandsgefälle Migration an. Grundsätzlich soll ja eine Angleichung der sozialen und ökologischen Standards weltweit als Ziel gelten.

Einwand 7:

„Dann macht ja jeder, was er will!“

Gegenargumente:

- Spaß- und Konsumgesellschaft funktioniert mit Grundeinkommen alleine nicht
- Genau das soll der Mensch ja auch tun: Beschäftigung, die seiner Berufung, seinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht
- Keiner muss dann, um finanziell grundabgesichert zu sein, mehr zu vielem „ja“ sagen – Wählen wird möglich
- Selbständige, kreative Arbeit wird durch GE erst einer größeren Bevölkerungsgruppe ermöglicht

Einwand 8:

„Ein Volk von gelangweilten Nichtstuern – die Menschen sind noch nicht reif für ein selbstbestimmtes Leben“

Gegenargumente:

- Selbstbestimmtes Leben muss (wieder) eingeübt werden, aber bestimmt nicht mit dem jetzigen System der „zunehmenden Fremdbestimmtheit“
- Ein grundsätzliches positives Menschenbild und der Glaube an Veränderungsbereitschaft und –fähigkeit gehört dazu
- Durch Entschleunigung, Arbeitszeitverkürzungen, mehr Freizeit für ein Miteinander, gemeinwohlorientierte Bildung, Suffizienz und Subsistenz sowie genossenschaftliches Denken und Handeln wird die Grundlage für ein selbstbestimmteres Leben geschaffen, in dem Konsum und Konsumstreben nicht mehr die „Rolle Nr. 1“ spielen
- Tagesstrukturierende Beschäftigungsangebote sollen auf freiwilliger Basis parallel zur Einführung des GE angeboten werden für die Menschen, denen ansonsten die gesellschaftliche, zwischenmenschliche Anbindung abhanden zu gehen droht
- Umfassende Bildungsangebote (nicht nur schul- und berufsorientiert) ergänzen das System positiv; Menschen müssen schon als Kinder dazu befähigt werden, zu wissen, was sie wollen. Der Wertewandel wird allerdings insgesamt durchaus mindestens 1 Generation dauern, bis dass er verinnerlicht ist.

- Die Stigmatisierung als „Grundsicherungs- = Armutsempfänger“ entfällt, da das GE jeder bekommt. Deshalb wirkt dieses „Nichtstun“ nicht demoralisierend wie Grundsicherung und der Mensch fühlt sich nicht mehr als „Versager“.

Einwand 9:

„Wenn die ganze Bürokratie und Verwaltung abgeschafft bzw. reduziert werden soll, dann sind die Beamten und öffentlichen Angestellten auch noch alle arbeitslos!“

Gegenargumente:

- Ja, und wenn die Rüstungsindustrie keine Waffen mehr baut und rund um den Globus liefert, werden weitere Menschen arbeitslos. Und wenn die Chemieindustrie nicht aus natürlichen Rohstoffen weiter künstliche, un-natürliche Produkte herstellt, dann werden auch hier Menschen freigesetzt. Und wenn die Energieindustrie aufhört, konventionelle Rohstoffe abzubauen, damit diese die CO-2-Emissionen weiter in die Höhe treiben. Und wenn...
- Arbeit wird weniger... und das ist nicht schlimm, sondern ein Fortschritt. Wir müssen nur lernen, damit folgerichtig umzugehen. Statt dem vermeintlichen Ziel einer „Vollbeschäftigung“ hinterherzuträumen ist es viel logischer und befreiender, verbleibende Arbeit zu teilen oder durch immer neue „Erfindungen“ und neue, möglichst energiearme Technologien zu ersetzen, anstatt „künstlich“ Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten, die lange überflüssig geworden sind
- Der Begriff der „Arbeit“ muss völlig neu definiert und erweitert werden. Es geht um freiwillige gemeinwohlorientierte oder selbstverwirklichende Beschäftigung neben der bisherigen normalen Erwerbsarbeit
- „Bürokratieabbau“ war und ist doch eines der immer wieder gebetsmühlenartig angeblich vorrangigen Ziele der etablierten Politik. Wenn es aber zur Verwirklichung ansteht, kommen die Einwände ?!

Einwand 10:

„Wenn das Grundeinkommen eingeführt wird führt das geradewegs in die Inflation!“

Gegenargumente:

- Für eine kurze Übergangszeit mag das stimmen, diese Tendenz ebbt aber danach wieder ab

- Die EZB versucht ja ohnehin alles, um maßvolle Inflation zu schaffen, um aus der Deflation herauszukommen. Die Leute sollen nicht auf „ihrem Geld sitzen bleiben“.
- GE muss regelmäßig von seiner Höhe her angepasst werden (am besten orientiert an den Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst); eine maßvolle Inflation gab es auch immer im jetzigen System
- Durch den humanökologischen Finanzierungsansatz bremst die vorgeschlagene Art des GE diese Tendenz, da er nicht konsumfördernd ausgerichtet ist, eher maßhaltend und genügend → weniger Konsum, wenn alles teurer wird → Postwachstum
- Durch den Finanzierungsansatz sinken die SV-Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Lohnerhöhungen können so maßvoll ausfallen, was sich wiederum auf maßvoll auf inflationäre Tendenzen auswirkt.
- Wenn die Lohnkosten für „einfache“ Arbeiten steigen müssen, so sind das in der Regel nicht die Arbeiten in Unternehmen, die am internationalen Wettbewerb als „Global Player“ agieren.
- Und bei maßvoller Inflation ist diese auch wiederum ein neuer Anreiz, etwas dazu zu verdienen.

Einwand 11:

„Durch das Grundeinkommen geht die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verloren – Exportweltmeister? – das war einmal!“

Gegenargumente:

- Das bislang sehr teure Sozialversicherungssystem wird in einigen Bereichen reduziert (RV, ALo-V) und damit für Arbeitgeber sv-pflichtige Beschäftigung sogar kostengünstiger im Angebot
- Auf Dauer rächt sich der fortführende Exportüberschuss, da immer mehr Länder in die „Schuldenfalle“ geraten und ihre Schulden mit Zinsen und Zinseszinsen nicht mehr zurückzahlen können. Letztlich müssen diese dann erlassen werden. Dann aber nutzt kein Exportüberschuss.
- Durch die weitere Anheizung und den steigenden internationalen Wettbewerbsdruck steigen die ökologischen und sozialen negativen Folgen, die dann „teuer“ an anderer Stelle im Rahmen von „Feuerwehr“-Aktionen beglichen werden müssen.
- Der Wettbewerb wird grundsätzlich nicht eingeschränkt – im Gegenteil: Firmen können aufgrund der Freiwilligkeit der Arbeit ihrer Beschäftigten mit wesentlich mehr Motivation und Arbeitszufriedenheit rechnen – die Rahmenbedingungen müssen allerdings stimmen.

Einwand 12:

„Wer macht denn dann noch die Drecksarbeiten?“

Gegenargumente:

- Sicher: es wird weiter Arbeiten geben, die nicht vollständig durch Technologisierung erledigt werden können, aber diese werden sich immer weiter reduzieren. Und die, die übrig bleiben, müssen gemacht werden. Es besteht eine große „Nachfrage“ nach diesen Arbeiten.
Da dieser Nachfragedruck groß ist wird es weiter Arbeitgeber geben, die diese Arbeiten anbieten (oder selbst erledigen) und es wird Arbeitnehmer geben, die diese tun, da diese Tätigkeiten besonders hoch vergütet werden und unter günstigen Rahmenbedingungen angeboten werden müssen. Für diese Arbeiten werden dann jedoch endlich realistische Preise bezahlt werden müssen. Das ist halt reale „Marktwirtschaft“. Oder man erledigt diese Arbeiten selbst – sozusagen im Subsistenz-Ansatz (selbst pflegen oder selbst Kanal reinigen).
- Mit diesem Einwand wird ja bestätigt, dass es momentan Arbeiten gibt, die nicht adäquat entlohnt werden. Das soll sich durch das GE ändern – ein positiver Nebeneffekt.
- Stressarbeiten, in denen kompakt und mit Zeitdruck viel verlangt wird, können durch das GE entschleunigt und damit die Rahmenbedingungen eindeutig verbessert werden. Z.B., indem man nur noch mit stark reduzierter Stundenzahl entschleunigt arbeitet und mehr regeneriert (Beispiel Pflegeberufe).
- Eine wesentlich höhere Wertschätzung und gesellschaftliche Anerkennung dieser Arbeiten und der dort Beschäftigten wäre die Folge. Das wird auch Zeit.